

Südwestdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Südwestdeutsche Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgestaltete Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Verkündigungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gehörig früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Auf zum Wahlkampf!

Der Termin der Wahlen zur Nationalversammlung ist heraus und damit erwacht der sozialdemokratischen Partei die Pflicht, sofort in den Wahlkampf einzutreten. Nur etwa zehn Wochen trennen uns vom Wahltag, nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel Zeit, um eine intensive Aufklärung unter den Wählern zu betreiben. Es gilt jetzt, alle Kraft anzuspannen, denn diese Wahlen entscheiden unendlich viel mehr als früher eine bloße Wahl zum Reichstag oder irgend einem anderen Parlament entschieden hat. Vom Ausfall dieser Wahl hängt die ganze fünfzige Gestaltung Deutschlands ab, sie soll den Sieg, den das Volk in den Novembertagen errungen hat, für alle Zukunft festigen und verankern.

Die Sozialdemokratie tritt unter außerordentlich günstigen Auspizien in den Wahlkampf ein. Die Stärkung ihrer Stellung zeigt sich rein äußerlich dadurch, daß sie die einzige, wirklich die allereingige Partei in ganz Deutschland ist, die noch unter demselben Banner, mit demselben Namen und demselben Programm kämpft, wie vor der Revolution und vor dem Kriege.

Alle bürgerlichen Parteien sind durch die Ereignisse gezwungen worden, ihren alten Namen, ihr altes Programm zu verleugnen. Vergeblich sieht sich der Wähler nach den altgewohnten Parteizeichnungen um. Es gibt — wenigstens dem Namen nach — in diesem Wahlkampf keine Konservativen, kein Zentrum, keine Nationalliberalen, keine Fortschrittliche Volkspartei mehr. Über alle diese Parteien ist das Rad der Geschichte hinweggegangen. Wie die Hoffliegeranten am Tage der Revolution ihre Wappentafeln von den Ladenbildern herunternahmen und durch Arrangements roter Fahnen ersetzen, so verleugnen diese Parteien jetzt ihre alten Firmenbilder und tun sich als alle möglichen „Volksparteien“ auf. Selbst die Herren Heydebrand und Oldenburg-Januschau zeichnen künftig unter dem Namen einer Volkspartei!

Nur die Sozialdemokratie hat als Partei allen Stürmen der Zeit getroffen. Das ist das sicherste Zeichen, daß ihre Politik, und allein ihre Politik sich bewährt hat. Die Tatsachen bringen allenfalls den Beweis dafür. Das übermütige und hartherzige Verhalten, das unsere Gegner als Sieger an den Tag legen, rechtfertigt es bis zum letzten, daß die Sozialdemokratie für die Landesverteidigung eingetreten ist und bestrebt war, dem Volke die Katastrophe zu ersparen, unter der wir jetzt leiden.

Andererseits hat es die Sozialdemokratie vom ersten Tage an unterlassen, sich irgendwie mit dem alten System zu identifizieren. Wenn sie der Niederlage Deutschlands entgegenarbeitete, so tat sie das allein um des deutschen Volkes willen, nicht, um den Wilhelm und Konsorten irgend welchen Gefallen zu erweisen. Im Gegenteil, trotz aller Anfeindungen, jüngst sie einen zähen und ununterbrochenen Kampf während des Krieges gegen das alte System, entzog diesem ein Stück seiner Macht nach dem anderen, und segte es schließlich hinweg, als es zum Fallen reif geworden war.

Für die Zukunft erstrebt die Sozialdemokratie die volle Durchführung des alten sozialistischen Programms, in dem Sozialismus und Demokratie gleichberechtigt nebeneinander stehen. Sie hat in der Frage der Demokratie nicht umgelenkt. Die Sozialdemokratie fürchtet das Volk nicht, weiß sie weiß, daß das Volk hinter ihr steht.

Bei den letzten Wahlen hat die Sozialdemokratie ein Drittel der Stimmen gehabt. Zum vollen Sieg braucht sie den Zuwachs noch eines Sechstels der Wählerstimmen. Dieser Zuwachs ist zu haben. Wette Kreise stehen heute der Sozialdemokratie anders gegenüber als früher, nachdem ihr Glaube an das alte System Schiffbruch gesunken ist. Unzählige Beamte und Staatsarbeiter, die früher unter Druck und Zwang nicht-sozialdemokratisch wählen mußten, können jetzt frei über ihre Stimme verfügen.

Um die Sozialdemokratie schart sich heute alles, was an die Zukunft des deutschen Volkes glaubt. Die bürgerlichen Parteien können höchstens eine Geldsack-Republik verwirklichen, von den Spartacus droht das bolschewistische Chaos. Wir gehen mit vollem Vertrauen in den Wahlkampf. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Aus den besetzten Gebieten.

Gegen den Einmarsch farbiger Truppen in die Pfalz hat die deutsche Regierung Protest erhoben, in dem es heißt:

Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthalts in der Pfalz ließen sich die schwarzen französischen Truppen Rotschtsverbrechen und andere Auskretungen zuschulden kommen. Die deutsche Regierung muß sich auf das schärfste dagegen verwarfen, daß der Bevölkerung der von der Entente zu besiegenden deutschen Gebiete eine farbige Besatzung zugemutet werde. Sie hat das Recht zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, welche nach der ihr feierlich erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen und den Bund der Völker einleiten soll, in einem Geiste gehandhabt werden, der diesem hohen Zweck und den allgemeinen Erfordernissen der Menschlichkeit entspricht. Die

Besetzung des linksrheinischen deutschen Gebietes erfolgt nicht im Wege kriegerischer Eroberung, sondern friedlich, auf Grund des abgeschlossenen Vertrages. Die Überführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hohn auf das Gefühl der Gemeinschaft der weißen Rasse, ein Gefühl, das auch den Gegner binden sollte, zumal da sie nach ihren Erklärungen nach Beendigung des Krieges zu einem Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind. — Der Protest richtet sich auch gegen die Absperrung von Elsaß-Lothringen von Baden, die Pfalz und Luxemburg sowie die Einbesetzung von Saarbrücken und Saarlouis in die elsässisch-lothringische Grenze. In zwei Stunden sind 2000 Mann französische Kolonialtruppen eingeläuft.

General Ruyant hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besatzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 54 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist am 5. Dezember in Düren, weitere 30 sind am 12. Dezember in Köln abzuzahlen. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekanntgegeben werden.

Zu der Gezehrung geschichte in Jülich, über die wir gestern berichtet, ist noch hinzuzufügen, daß auch in Aachen dieselbe Demütigung eingeschürt wurde. Dem Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdams Courant“ wurde von zwei belgischen Offizieren der Hut vom Kopf geschlagen. Andere Personen wurden die Hüte mit der Reitpeitsche heruntergeschlagen. Das Ergehen und der Verlauf von Zeitungen und anderen Druckwerken ist verboten. Niemand darf Machten verlassen oder die Stadt betreten. Zwischen 4 Uhr abends und 8 Uhr morgens muß in den Erdgeschäftsräumen aller Häuser Licht brennen. Personen, die die oben stehenden Verordnungen übertreten, werden ohne weiteres erschossen. Der Stadt wird sofort Buße auferlegt. 10 Gefilden müssen sich fortwährend auf dem Rathaus auffalten.

Amerikanische Truppen rückten Sonntag nachmittag in Trier ein. Sämtliche Waffen müssen ihnen ausgehändigt werden.

Die Alliierten ließen erklären, daß sie jeden auf dem linken Rheinufer verbleibenden Soldaten als Kriegsgefangenen behandeln.

Der bekannte frühere Reichstagsabgeordnete Abbe Wetterle hat seinen Wiedereinzug in Kölmar gehalten.

Großliberale Mischmachpartei.

Wie WTB von beteiligter Seite erfährt, haben die über die Vereinigung der Deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen grundlegende Verständigung geführt.

Mit dieser Einigung sind die Befreiungen, einen neuen freiheitlichen und modernen Geist in die Politik des Bürgertums zu bringen, endgültig gescheitert. Nach verhältnismäßig vollen Ansätzen ist man wieder in den faulen Schnupf des Kompromisses herabgesunken. Ursprünglich hatten sich die besten politischen Köpfe, über die das Bürgertum verfügt, mit der Idee getragen, eine bürgerlich-republikanische Partei zu gründen, die alle wirklich demokratischen, sozialistisch-christlich gerichteten Elementen des Bürgertums umfassen sollte. Der erste Aufruf konnte gewisse Hoffnungen auf eine Modernisierung der bürgerlichen Partei erwecken. Aber da die Sache Aussicht auf Erfolg zu haben schien, siedelten sich auch sofort die Elemente ein, die eigentlich mit der Sache wenig zu tun hatten, aber hier ein besseres Unterkommen erwarteten, als wenn sie in den alten Parteien blieben. Sie wässerten aber gleichzeitig die Idee, das ominöse Wort „republikanisch“ wurde aus der Firma gestrichen und man begnügte sich mit einer „deutsch-demokratischen“ Partei. Immerhin blieb noch ein ansehnlicher Chor der zurückgewiesenen, deren verhängnisvollen bisherigen Einfluß man nunmehr für ausgeschaltet halten konnte. Die übriggebliebenen Herren Kopisch, Wiemer usw. mussten sich volens mit dem Mauerblümchenflügel der Nationalliberalen fusionieren, so entstand die „Deutsche Volkspartei“.

Aber die Trennung sollte nicht von langer Dauer sein. Schon nach einer Woche hat man sich wiedergetunden; unter dem Banner der „liberalen Einigung“ wird die Vereinigung der beiden Gruppen vollzogen, in den Armen liegen sich beide — und wie früher sind die Herren Kopisch, Wiemer, Müggenburg, Stresemann, Krake usw. obenan! Auch den schwer-industriellen Flügel der Nationalliberalen hat man fürsorglich mitgenommen, damit auch ja kein Partikelchen an der Einigkeit fehle. Der Liberalismus steht geschlossen da — von Enhmann bis Hello von Gerlach! Wir wollen dies schöne Bild der Einigkeit nicht durch weitere Betrachtungen stören. Nur eins muß festgestellt werden: wir erkennen wie zu den Erfolgen der Revolution steht, für den ist in dieser Mischmachgesellschaft auch nicht der mindeste Platz. Bei den künftigen Wahlen wird es nur eine Partei geben, die das Vertrauen der wirklich demokratisch und freiheitlich denkenden Wählergruppen beanspruchen kann: die Sozialdemokratie!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Präluminarys.

Die „Kölner Volkszeitung“ meldet aus Berlin: Von zuständiger Seite hören wir, daß mit einer Verlängerung des

Waffenstillstandes nur dann gerechnet werden kann, wenn die deutsche Regierung bereit ist, noch schwere Bedingungen zu übernehmen. Man muß sich den Ernst des Augenblicks vor Augen halten, der vor allem darau spricht, daß auf die deutsche Anfrage bezüglich eines Präliminarfriedens bis jetzt noch keine offizielle Antwort der Gegner in Berlin eingetroffen ist.

Reichsregierung und Reichstag.

Berlin, 3. Dezember. Die Reichsregierung hat folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrbellin geschickt auf dessen Protest gerichtet:

Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten ruht. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht. Ebert, Haase.

Ein Aufruf Hindenburgs.

Berlin, 1. Dezember.

Kameraden! Die Vorarbeiten zu einem großzügigen Ansiedlungswerk sind im Gange, die Ausführung wird unverzüglich beginnen und so schnell gefördert werden, wie der gegenwärtige Mangel an Baumaterial, Kohlen und Transportmittel es gestatten. Da die Regierung und alle Parteien hierin einig sind, wird die Nationalversammlung dem Werke ohne jeden Zweifel freudig zustimmen.

Die Heimkehrenden Krieger sind die ersten, diesen Dank des Landes zu empfangen, das sie mehr als vier schwere Jahre hindurch, in tausend Schlachten unbesiegt, mit ihren Leibern beschützt haben. Den Kriegsteilnehmern, die bis zu ihrer ordnungsmäßigen Entlassung ihre Pflicht getan haben, will Deutschland, sobald es geschiehen kann, eine Heimat schaffen.

Auf billig erworbenem Lande mit billigem öffentlichen Gelde werden für Landwirte, Gärtnerei und ländliche Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet, für städtische Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige verwandter Berufe Häuser in Gartenstädten und Gartenvorstädten erbaut und gegen mögliche Verzinsung der Selbstlosen übergeben werden.

Das große Werk ist schon begonnen, bis zu seiner Vollendung wird eine Reihe von Jahren hingenhen, in dieser Zeit werden die neuen Siedler sich den ihnen übertragenen Besitz durch schwere, aber auch lohnende und freudige Arbeit zu eigen machen müssen.

Mit einer Todesverachtung und einem Opfermut, wie die Welt sie bisher nicht gefaßt hat, habt Ihr 50 Monate hindurch Eure Pflicht, die heimatliche Erde zu schützen, erfüllt, jetzt will die dankbare Heimat Euch zu freien Herren auf deutschem Grund und Boden machen. Daß dieses hohe Ziel nur durch Eure eigene unermüdliche Mitarbeit erreicht und gesichert werden kann, wird es in Euren Herzen nur desto tiefer befestigen.

Habt noch eine kurze Zeit Geduld! Helft unserem wunden Vaterlande über seine schwere Zeit hinweg; rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungsin, dann bereitet Ihr Eure eigene Zukunft, Euer eigenes Glück.

v. Hindenburg.

An diese Kundgebung schließt der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, Bauer, einen Aufruf an die aus dem Kriege heimkehrenden Landarbeiter, in dem er davor warnt, in die Städte abzuwandern, und auffordert, auf dem Lande zu bleiben, wo jetzt die Ausnahmegesetze und die Gesindeordnung aufgehoben seien.

Der Berliner Volkszugrat gegen Solf und Erzberger.

Berlin, 3. Dezember. Amlich. Der Volkszugrat in Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Volkszugausdruck beschlossen, zu fordern:

1. daß die vom Volkszugrat bereits gestellte Forderung des Rücktritts von Solf schleunigst erfüllt wird, 2. daß an Stelle von Solf ein Mann steht, der stets ein Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war, 3. die Zusicherung, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Eisnersche Politik.

Aus München wird amtlich gemeldet: Die Regierung sendet heute folgendes Telegramm ab:

Haase-Ebert. Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ist einstimmig der Meinung, daß sofort eine Konferenz der Vertreter der deutschen Regierungen in Berlin oder einem anderen zentral gelegenen Ort einberufen wird, in der eine proklamatorische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den innerlichsten Programmpunkten gehört die Frage der Nationalversammlung, die Absezung des Auswärtigen Amtes in Berlin und die Aktienveröffentlichung. Die Konferenz soll je nach der Größe der Bundesstaaten aus 1—8 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, gez. Kurt Eisner.

Gegen die Eingriffe in die Saatkarottelfelder.

In alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reichs! Das Reichsnährungsamt klagt sich darüber, daß die Fälle sich mehrern, in denen die Arbeiter- und Soldatenräte Eingriffe in die Saatkarottelfelder vornehmen. In allen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht daher die dringende Mahnung, allen Anordnungen der Reichs- bzw. Provinzräte aufzuhören, sowie den Saatstellen unbedingt Folge zu leisten.

wort kritisierte Genossen Meierlein schafft das Verhalten des gegenwärtigen bürgerlichen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, ebenso das Verhalten der bürgerlichen Parteien bis zu der Zeit der Umwälzung.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Arbeiter- und Soldatenrat des Freistaates Lübeck erklärt sich mit der Haltung seiner Delegierten zur Reichskonferenz einverstanden und erhält in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle Wählenden Männer und Frauen die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution, mit dessen Anwendung die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in steter planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umgewandelt werden kann.

Zudem der Arbeiter- und Soldatenrat Lübecks seine Entscheidung auspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Konterrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet er sich zugleich mit Entschlossenheit gegen alle Elemente, die dem Volke das volle Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen.

Oftwohl der Arbeiter- und Soldatenrat Lübecks es für selbstverständlich hält, daß alle Kriegsteilnehmer — auch die noch in der Gefangenshaft schwächelnden — an den Wahlen zur Konstituante sich beteiligen Gelegenheit haben müßten, hält er es doch für gegeben, unter den drängenden Verhältnissen dem Beifall der Volksbeauftragten, die Wahlen zur Nationalversammlung im Februar vorzunehmen, seine Zustimmung zu geben.

Er erwartet von der am 16. Dezember zusammengetretenden Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die Politik der gegenwärtigen provisorischen Regierung zu unterstützen und ihrer Entschließung bezüglich der Wahlen zur Nationalversammlung beizutreten.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Offiziersfrage, über die Genosse Leutnant Wille in Hamburg referierte. Er behauptete, daß das Offizierkorps der Revolution feindlich gegenüberstehe und schobte dann seine Erfahrungen während der Umwälzung in Posen. Auch an diese Ausführungen knüpfte sich eine lange Debatte, die auch die verschiedenen militärischen Probleme erörterte. Lebhaft besetzte wurde die mangelnde Disziplin der jungen Soldaten, die einer systematischen Erziehung bedürfen. Kamerad Möller betonte, daß es die Weisung der Regierung sei, die Offiziere zum Dienst freizulassen. Zentralratler Kruse verbargt sich für die mit ihm zusammen tätigen Offiziere. Er schob die Schuld für Disziplinstolpern der Truppen dem alten Vorsitzenden zu.

Ein Antrag des Obmannes Genossen Kruse vom Regiment 84, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Neuordnung beschäftige und ein Reglement ausschließe, wurde angenommen. In diese wurden die Kameraden Kutschke, Kruse 84, Rabbe, Richter und Wille gewählt.

Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Genossen Kochen geschlossen.

Die roten Arbeiterturner,

die unter diesem Spitznamen von Behörden und bürgerlichen Turn- und Sportverbänden, allen voran von der Deutschen Turnerföderation, vor dem Kriege aufs schärfste bekämpft wurden, grüßten die neue deutsche Freiheit als das Symbol der Menschenfeierleben und erwarteten, daß ihre Bemühungen in Zukunft auch von jenen Tausenden von Volksgenossen gewürdigt werden, die bis heute noch immer die Reihen der bürgerlichen Vereine füllten, helfen, jener Vereine und Verbände, die während der ganzen Dauer des Krieges in Wort und Schrift und durch Bildung von Jugendkompanien, Übungen im Handgranatenwerfen, die Stimmung zur Fortsetzung des Kriegs bis zum endlichen Sieg forderten. Auf solche Stimmung gestützt, konnten es die Regierungen nur wagen, den Krieg fortzuführen und Friedensangebote abzulehnen. Die Arbeiterturner sind von Anfang an gegen die Betriebskämpfe, an diesen Treiben gewesen und haben ihre friedliche Tätigkeit trotz der dadurch bedingten Benachteiligung bei allerlei Vergnügungen aufrecht erhalten. Das werden uns auch unsere nun heimkehrenden Turnergenossen danken. Wir grüßen die Freunde in der Heimat und hoffen, daß sie recht bald wieder ihrem alten Vereine sich anschließen und recht viele Kameraden mitbringen mögen auch die vielen, der Deutschen Turnerföderation angeschlossenen Vereine, deren Mitglieder jetzt nur aus Arbeitern bestehen, die ebenfalls die Aufrichtung der roten Fahne mit betreuen halfen, prüfen, ob sie auch fernherin einer Organisation angehören wollen, welche bis zur letzten Stunde mit allen ihren Maßnahmen die zu Bedenken geworfene Reaktion stifteten.

Arbeiter-Turnerbund, Leipzig, Fließstraße 36.

Eine Versammlung der Lehrer und Lehrerinnen Lübecks fand dieser Tage in der Aula des Johanneums statt. Rund 500 Personen nahmen daran teil. Auch die Oberschulbehörde war fast vollständig vertreten. Herr Rektor F. Meimann sprach über die Notwendigkeit eines Reichsschulgesetzes und die deutsche Einheitschule und Professor Breitling bearbeitete die Förderung auf geistlich freie Betätigung in religiöser, politischer und wissenschaftlicher Beziehung. Wir können bei den beschränkten Raumverhältnissen auf die interessanten Ausführungen nicht näher eingehen; vielleicht bietet sich später Gelegenheit dazu, da derzeit Themen ja nicht veralten. Angenommen wurden folgende

Leitsätze:

1. Es ist ein Reichsschulgesetz zu erlassen.
2. Die deutsche Schule soll auf der Grundlage des Einheitschulgesetzes aufgebaut werden.
3. Dem Lehrer soll Freiheit in religiöser, politischer und wissenschaftlicher Hinsicht geistlich gewahrt werden unbeschadet der Grenzen, die der Gatt und der besondere Beruf des Lehrers vor der Jugend vorschreiben.

4. Bei der Verwaltung der Schulen ist den Eltern und Lehrern ein stärkerer Einfluss als bisher einzuräumen.

5. Die Versammlung aller Lehrer und Lehrerinnen des lübeckischen Freistaates fordert die deutschen Lehrerverbände auf, sich zu einer Berufsorganisation zusammenzuschließen die alle deutschen Lehrer und Lehrerinnen vereinigt.

Einem Ausschuß wurde die Durcharbeitung dieser Grundsätze übertragen. Zur Erwähnung überwiesen wurde dem Ausschuß der Antrag, daß eine eindeutige Ordnung der Vorbildung und Besoldung des gesamten Lehrerstandes zu erstreben sei.

Die Entschädigung für entlassene Arbeiter, Arbeiterrinnen und Angestellte — soweit sie auf Grund der Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 19. November ds. J. geplant werden — hat allwöchentlich am Lohnzahlungstage zu erfolgen. Und zwar ist der durchschnittliche Tagesverdienst der letzten vier Wochen zu Grunde zu legen. Im übrigen besteht vielfach noch Unklarheit über die Handhabung dieser Bestimmungen. Diese Tatsache hat den Arbeiter- und Soldatenrat zu einer Erklärung veranlaßt, daß selbstverständlich solche Betriebe, die wegen Witterungsverhältnissen aussehen müssen, wie Gärtnerei, Bauunternehmungen usw., nicht unter die Verordnung vom 19. November fallen. Das gleiche gilt auch für die unständig beschäftigten Arbeiter am Hafen, sodass die Arbeitertaktologen bei Mangel an Beschäftigung vor allem wegen Eintreten von Frost und ähnlichem Naturgefahren, kein Recht auf Entschädigung wegen Entlassung geltend machen können. (Siehe auch die Anzeige des Arbeiter- und Soldatenrates im amtlichen Teil.)

Die Ortsräteklasse in Lübeck hatte am 1. Dezember 1918 31 650 Mitglieder, darunter 52 Mitglieder von Erstklassen, deren Rechte ruhen, gegen 31 756 im Jahre 1917. Auf Männer entfielen davon 16 488 (1917: 16 549), auf Frauen 15 212 (1917: 15 207). Arbeitsunfähig waren am letzten November 755 Männer (1917: 494) und 1010 Frauen (1917: 535). Ausweise für Familienangehörige zur Transfahrung erziellicher Behandlung wurden im November 2134 (1917: 1671) erteilt. Sterbegeld wurde im November für Mitglieder in 57 Fällen, für Angehörige in 42 Fällen gezahlt. Überlebenden arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die Jahngesetze. Verhältnisse vorliegenden Strafe zu verhängen. Die Strafe ist in den

Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags stattfinden in den Vermittlungsstunden entrichtet werden.

Über die Schuhversorgung der Zivilbevölkerung in der nächsten Zeit veröffentlicht die Reichskommission für die Schuhversorgung ausführliche Mitteilungen, denen wir folgendes entnehmen: Die bisher für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Vermögens ergaben nach der Erzeugung der letzten Monate, auf das Jahr gerechnet, etwa 20 Millionen Paar Lederschuhe. Hierauf könnte ungefähr der dritte Teil der Bevölkerung des Deutschen Reiches im Jahre ein Paar Lederschuhe erhalten. Durch den Verfall des Heeresbedarfs darf eine erhebliche Steigerung der Schuhversorgung erwartet werden. Die Steigerung wird sich indessen nur langsam vollziehen, da von den 800 Schuhfabriken der größte Teil wegen der bestehenden Lederknappheit stillgelegt war. Die Wiederaufnahme der Arbeit hängt davon ab, wann die Fabriken die notwendigen Rohstoffe und Kohlen erhalten. Vorurtheil, daß zu dem vorhandenen Bodenleiter auch die nötigen Mengen Oberleiter für Zivilschuhwerk beschafft werden können, werden die Lederanfall im Laufe von ungefähr sechs Monaten eine Verdopplung der ehemaligen Schuhversorgung von 20 auf 40 Millionen Paar ermöglichen. Es werden somit bis weit in das Jahr 1919 hinein höchstens 70 Prozent der Bevölkerung für das Jahr ein Paar Lederschuhe erhalten können. Sämtliche entstehenden militärischen Verluste an Schuhwerk und Leder werden übrigens nach einem Ueberentkommen zwischen der Heeresverwaltung und dem Reichskommissar dem Zivilbedarf zur Verfügung gestellt.

In den Mittagstischen des Hausfrauenvereins nahmen im Monat November 4488 Personen teil.

Kurau. Eine öffentliche Versammlung tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Möller hier. Die Versammlung war leider nicht genügend bekannt geworden, so daß nur circa 40 Personen anwesend waren. Referent war Landtagsabgeordneter F. F. Stoeckelsdorf, der die Vergangenheit der letzten Wochen klagte und das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei rechtfertigte. In einer Aussprache wurden auch die hiesigen Verhältnisse besprochen und u. a. mitgeteilt, daß an mehreren Orten noch Kartoffeln in der Erde lagen. Ein Arbeiterrat wurde gewählt. Die Namen werden nächstens bekannt gegeben. Es forderte zum Eintritt in die Partei und Gewerkschaften und zum Halten der Arbeiterpresse auf, was einen schönen Erfolg zeitigte. Versammlungsleiter Borowski-Dundeldorf erfuhr um reze Werbung für die nächste Versammlung, die bald stattfinden werde.

Hamburg. Nord und Südwürttemberg. In der letzten Nacht ist in der Gr. Marienstraße 56 die 22jährige Bertha (Lotte) Polewitz von dem 25jährigen Zimmermann Heinrich Bühlmann durch zwei Dolchköpfe, und zwar einen in den Hals, den andern hinter dem Ohr, in den Kopf getötet worden. Bühlmann hat sich dann selbst durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet. Das Motiv der Tat soll Eifersucht gewesen sein.

Neumünster. Niedersachsen. Im Bahnhofshotel wurde am Montag eine Niedersächsische Konferenz eröffnet, an der Vertreter der Arbeiter- und Soldaten-, Bürger- und Bauernräte der ganzen Provinz mit Einschluß Hamburgs und Lübecks teilnahmen. Nach einem Vortrag über den Verlauf der Revolution wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Als in Neumünster veranstalteten Arbeiter- und Soldatenräte, Bauern- und Bürgerräte Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Lübecks erklärten, daß sie einmütig und geschlossen hinter der festigen Regierung Ebert-Haase stehen. Sie verlangen, daß die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen wird und unsere Truppen daran teilnehmen können, um eine auf breitestem demokratischer Grundlage zu schaffende Volksregierung zu ermöglichen. Die jetzige Regierung der Volksbeauftragten soll durch gleichartige Entschließungen aller deutscher Söhne und Tochter ernannt werden, so bald als möglich im Namen der deutschen Volksmehrheit den Vorsitzenden abzuschließen.“

Older. Beigeordneter der Schleswiger Regierung, hielt einen Vortrag über Organisationsfragen auf wirtschaftlichem Gebiet und legte den Anwesenden einen Entwurf vor. In den Arbeiterräten soll auch Platz sein für solche Personen, die eine geistige Berufstätigkeit ausüben. Ein Unternehmer werde flink nicht fabrizieren und auf Lager nehmen dürfen so viel er mösse, sondern es müsse mit Rücksicht auf die Rohmaterialien organisatorisch gewirtschaftet werden.

Westerland. Ein schweres Eisenbahnuunglüx ereignete sich auf dem Ostbahnhof. Der Hörnummer Zug rückte auf dem Empfangsgleise. Der vor List kommende, mit Militärwach befehlte Zug war von Wittenbergsfeld gemeldet. Infanterie des Regiments sah der Führer den Rangierzug zu spät. Trotzdem auf beiden Maschinen Gegendampf gegeben wurde, war der Zusammenstoß laut „Syst. Zug.“ nicht mehr zu vermeiden. Es erfolgte mit einem lauten Krachen in der Nähe des Lokomotivwagens. Die beiden Lokomotiven wurden aus dem Gleise gehoben, eine Maschine setzte auf einen Güterwagen auf und die Plattformen der ersten Personenwagen wurden eingedrückt. Leider standen auf der Plattform Soldaten, von denen eine Menge schwer verletzt wurden. Ein Artillerist ist seinen Verletzungen erlegen. Er sollte in den nächsten Tagen vom Heeresdienste entlassen werden.

Wilhelmshaven. Die achtstündige Arbeitszeitmarschiert. Durch Vereinbarung mit dem Reichsmarineamt haben die Organisationen der Metallarbeiter den achtstündigen Arbeitstag und eine Lohnverzettelung für die Marinebetriebe erreicht. Auf der Reichswerft in Wilhelmshaven ist die achtstündige durchgehende Arbeitszeit bereits eingeführt. Die neuen Stundenlöhne betragen für Arbeiter und Handarbeiter 2,10 bis 2,40 Mark, für Lehrlinge und Jugendliche bis zum 20. Lebensjahr 0,50 bis 2,- Mt. Den Beamtengehältern werden die Arbeitslöhne zugrunde gelegt und nach der Stellung und Verantwortlichkeit erhöht. Das Reichsmarineamt hat versprochen, den Betrieb der Reichswerft auch nach dem Kriege mit 11—12 000 Arbeitern wie vorher in vollem Umfang aufzufüllen zu erhalten.

Beeren. Die Unruhen in voriger Woche beschäftigten den A.- und S.-Rat. Henke erklärte, was hier gemacht wurde, sollte ruhig sein. Wollten wir darauf ruhig antworten, so müßten wir Männer mit zeladonem Gewehr vor die Tür stellen. Das würde ich nicht empfehlen. Wir wollen solche Dinge vermeiden. Ich hoffe, daß sie sich nicht so leicht wiederholen, weil die Kommunisten bewiesen haben, daß es so nicht geht. Hätten wir die Dinge durchberaten können, so wäre das Abstimmungsergebnis in manchen Punkten wohl anders ausgefallen.“

Über die Niedersächsische Zeitung teilte Henke mit, daß der Soldatenrat sich geweigert habe, für diese Unruhen eine bewaffnete Macht zur Verfügung zu stellen. Auf den Zürui, daß dann die Masse die Zeitung übernehmen werde, erwiderte Henke, daß er nicht begreife, was das heißt, die Tasse werde sie übernehmen. „Wie stellt man sich das vor? Man kommt von der Tasse ab und geht dazu über, die Tasse so zu sehen, wie sie sind.“

Wirtschaftliches.

Staatliche Aufträge für die Übergangswirtschaft.

Der Staatssekretär für die Demobilisierung bat an die Ministerien und übrigen Behörden Rückfragen für die Erteilung von Staatsaufträgen in der Übergangszeit erlassen. Damit ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Belastung des Arbeitsmarktes während der Demobilisationszeit die allgemeine Pflicht des Staates und seiner Organe, auch und besonders dort, wo jüdische Fonds verweilen. Um die Verwendung von Staatsmitteln zu verhindern, ist ebenfalls zu beachten, daß der finanzielle Wehr aufrecht, rechtzeitig eingerichtet, billiger kommt als die Folgen von Unruhe und Unzufriedenheit. Dieser Auftrag hilft. Es ist leichter zu klein, aber auch leichter zu groß. Die Erfahrung hierüber ist zu wenig.

Verbrauchsmittel oder staatlichen Kontrollverwaltung aus zur Absicherung liegend auftretender Aufträge führen, also die Lage wesentlich verhüten. Jetzt aber ist die Staats sicherheit erhöht in Frage gestellt und dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund zu rücken. Zur Verfügung sind zu stellen, Ressourcen aus dem Vorrat und aus den laufenden Mitteln, Mittel — auch Anleihenmittel — so weit diese Mittel für die Arbeiten für erforderlich gehalten werden.

Das Reichsernährungssamt steht auf dem Standpunkt, daß es gegenwärtig ganz unmöglich sei, den Wünschen nach Einschaltung des freien Handels irgendwie entgegenzutreten. Es mißbilligt alle Verträge, z. B. des Leipziger und Dresdener Al. und S.-Rates, über den Kopf der Reichsstellen hinweg Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen. Erst wenn die neutrale Staaten über ihr Kontingent liefern, läme für den Kauf auf der freien Handel in Frage.

Die 3. E. G. soll ein Teil des Reichs-Ernährungsamtes werden und als Einführzentrale der bestehenden Reichsstellen dienen.

Das Reichs-Ernährungsamt plant durchgreifende organisatorische Maßnahmen zur umfassenden Bekämpfung des Saatguthandels und Wuchers.

Maßnahmen zur Nahrungsmittelbeschaffung.

Das preußische Landwirtschaftsministerium hat angeordnet, daß in den Staatsforsten ein möglichst hoher Abschluß von Wild beobachtet wird. Dies soll mit allen Mitteln auf eine Erhöhung der Ergebnisse des Fischfangs hingewirkt werden. Der Fischfang war besonders deswegen zurückgegangen, weil während des Krieges der Bestand an Neuzen nicht vervollständigt werden konnte. Es ist deshalb vorgeschlagen, daß die Regierung für die Jagdzeit unter entsprechender Umarbeitung den Fischern zur Verfügung gestellt wird. Zur Erweiterung der vorhandenen Wirtschaftsflächen ist auch Bedacht darauf genommen, Moore und Dolden zu kultivieren. Hierfür sollen besonders Arbeitlose engagiert werden. In den Kreisen der Arbeiter bestand bisher gegen eine solche Beschäftigung Abneigung. Es ist jedoch Vorsorge getroffen, die Gründe dieser Abneigung dadurch zu beseitigen, daß für angemessenes Lohn, gute Unterkunft und ausreichende Verpflegung der betreffenden Arbeiter Garantie geboten werden. Schließlich ist zur Bildung einer eventuellen eintretenden Heizmittelnot die Vermehrung des Holzabfanges in den Staatsforsten angeordnet werden. Auch auf die Besitzer von Privatforsten soll von der Regierung in diesem Sinne eingewirkt werden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Redaktion gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nachrufe: Wo sind die Lübecker Beamten?

Meine Aufforderung an den Beamtenbund hat den Presseausschuss zu einer Neuordnung bewogen, die leider den Kern meiner Ausführungen verfehlte und meinen bestimmten Formulierungen nur Phrasen entgegenstellt.

Wer nicht existiert, wird von mir nicht zur politischen Betätigung aufgefordert. Meine Wendung vom Beamtenbund den es geben soll“ galt der Vertretung der hiesigen Beamten, die seit Ausbruch der Revolution Tag für Tag verstreichen ließ ohne politische Initiative zu bekunden. Diesen politischen Schlummer wollte ich hören.

Der Stein meiner Ausführungen ist dieser Gedanke: Der Lübecker Beamtenbund muß eine selbstständige politische Organisation werden.

Zu vier knappen Sätzen und einer Frage habe ich die gegenwärtige Lage gekennzeichnet. Erwähnungsunterschiede und Missverständnisse bei dieser Kennzeichnung ließen sich ebenso leicht als schlagend durch die praktische Engegenstellung des Niedrigen und Wohlverstandenen widerlegen. Der P.-A. hat das nicht getan. Meine Sätze gelten also noch. Die Beantwortung meines Frages mußten die Beamten unbedingt verlangen. Stattdessen verneint der P.-A. die Abwehr eines von mir nicht erhöhten Vorwurfs in einer Weise, die rührend naiv ist, aber auch so blind vorhandenen Unterschieden gegenübersteht, daß ich dem P.-A. zufüge: „Blinder Eifer schabet nur!“

Ich diene lediglich der Sache. Das ist auch die Pflicht des P.-A. der er durch seine Beschäftigung mit meiner Person aber noch nicht genügt. Die über mich veröffentlichten gewölkigen Geschichten hängen ich niedriger. Um mich zu treffen, braucht der P.-A. nur nachzuweisen: 1. wann der Beamtenbund den Gedanken einer politischen Organisation der hiesigen Beamten ergriff hat. 2. welche politischen Größen im Philologenverein verdeckt habe. Dazu eine Hilfe. Bei der letzten Versammlung dieses Vereins am 19. November wurde das Beamtenrecht als Verhandlungsthema für die Dezemberversammlung des Beamtenbundes genannt. Ich habe in der Debatte wiederholt die politische Frage als die jetzt allein wichtige bezeichnet und verlangt, daß der Verein den Beamtenbund in die politische Richtung bringe. Bei einem Referat über Organisationsfragen wurde noch das Koalitionsrecht für die Beamten gefordert; der Redner blieb dabei trocken meines Jurus, die Forderung sei veraltet. Derselbe Herr teilte mir etwa am 26. November als ganz neu mit, der Beamtenbund wolle nur das Koalitionsrecht für die Beamten in Anspruch nehmen. So weit war die Vertretung der hiesigen Beamten bisher politisch orientiert.

Geben wir doch zu: Wir Beamten sind uns bis jetzt unserer politischen Bedeutung nicht bewußt gewesen. Schaffen wir uns die Organisation, die uns politische Macht gibt. Das muß das Ergebnis der Versammlung am 8. Dezember sein, auf die ich die weitere Ausprache zu verlegen bitte.

Tittel

Neueste Nachrichten.

Keine Besetzung Frankfurts.

Berlin, 4. Dezember. Durch die Waffenstillstandscommission ist nunmehr endgültig festgestellt worden, daß die Städte Frankfurt a. M. und Darmstadt nicht besetzt, sondern in die neutrale Zone fallen werden. Die Franzosen erklärten, daß die Entente infolge der ihr zugestandenen Rechte der Polizeikontrolle auf neutralem Gebiete auch die Möglichkeit habe, die Ausgänge der Rheinbrücken durch Posten zu besetzen.

Kronsoldaten gegen die rote Fahne.

Essen, 4. Dezember. Dienstag mittag kam

Männer und Frauen Lübecks!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei.

Anmeldungen: Geschäftsstelle Breite Strasse 13, I.

6851

Um die Bevölkerung Lübecks!

Berufsleid durch Mangel an Transportmitteln und durch die feindliche Besetzung des Saargebietes herrscht eine große Kohlennot, deren Beseitigung noch garnicht absehbar ist. Dieser herrschende Kohlenmangel droht eine Stilllegung vieler Betriebe herbeizuführen und damit die Arbeitslosigkeit in gefährlicher Weise zu steigern. Um dem vorzubeuauen, muss der arbeitslose Teil der zur Verfüzung stehenden Kohlen der Industrie zugeschafft werden, darum ergibt der Ruf an die Bevölkerung:

Spart Kohlen! Spart Gas! Spart Elektrizität!

Der Straßenbahnbetrieb kann nur in ganz beschränktem Maße aufrecht erhalten werden, deshalb ist es geboten, die Straßenbahn möglichst zu entlasten und die Benutzung den Kreisverkehr, den älteren und frischen Einwohnern und dem seine Arbeit aufsuchenden Teil der Bevölkerung zu überlassen. Nur so ist eine volle Einstellung des Straßenbahnbetriebes zu verhindern. Alle Haushaltungen, denen es möglich war, sich für längere Zeit mit Brennmaterial einzudecken, dürfen Gas und Strom nur für Beleuchtungswecke entnehmen.

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat.
S. A. S. Überhardt.

Lehrerseminar zu Lübeck.

Schüler und Schülerinnen, die Ostern 1919 ins Lehrerseminar aufgenommen werden wollen, können sich werktäglich von 12 bis 1 Uhr beim Unterzeichnen im Seminargebäude, Langer Lohberg 24, anmelden.

Dem Aufnahmegesuch sind beizufügen: a) ein vom Bewerber selbst verfasster und geschriebener Lebenslauf; b) ein Geburts- oder Tauschein; c) die letzten Schulzeugnisse; d) eine Erklärung des Vaters oder Vormundes der Bewerber, daß er sich verpflichtet, die während der Dauer der Ausbildung erforderlichen Mittel aufzubringen; e) (für nicht von hiesigen Mittelschulen kommende) ein ärztliches Zeugnis, zu dem Formular vom Unterzeichnen kostenlos zu entnehmen sind.

Zur Aufnahme ohne Prüfung in Klasse 6 wird zugelassen, wer die Mittelschule mit Erfolg besucht hat, in Klasse 5, wer die Reife für Obersekunda, in Klasse 1 (pädagogischer Kursus), wer das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Knabenschule erlangt hat.

Direktor Dr. Möbesz.

Katharineum.

Aufnahme neuer Schüler für Ostern 1919 täglich von 12 bis 1 Uhr.

Direktor Prof. Dr. Rosenthal.

Oberrealschule zum Dom.

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich vom 1.-20. Dezember wochentäglich von 11-12 Uhr, Dienstags und Freitags auch von 5-6 Uhr im Schulhause, Musterbau 4, zu sprechen.

Da die Zahl der Schüler in mehreren Klassen beschränkt ist, können dort nur frühzeitige Meldungen berücksichtigt werden.

6845 **Direktor Dr. Schwarz.**

Aufruf!

Die Ereignisse der letzten Zeit haben den Frauen im Alter über 20 Jahren das Wahlrecht und die Wahlplikt gegeben. Die meisten bürgerlichen Frauen stehen dieser Pflicht vollkommen fremd und unbeschult gegenüber. Es ist daher dringend notwendig, daß die Frauen aller Stände sich ein Urteil bilden darüber, welcher Partei sie am Tage der Wahl zur Nationalversammlung ihre Stimmen abzugeben wollen, um das Wohl des gesamten Volkes, ihrer Familie und ihres Berufes zu fördern. Der Wahlwerberein bürgerlicher Frauen wird in öffentlichen Versammlungen Gelegenheit geben, die Ziele der politischen Parteien und die Grundlage der Verfassung kennen zu lernen.

Weiter will der Wahlwerberein bürgerlicher Frauen eine eifige Befähigung für die Beteiligung aller bürgerlichen Frauen an der Wahl in die Wege leiten. Dazu bedarf er vieler Hilfsträger, die sich im Geschäftszimmer, Breite Strasse 27, part. Högl, ab Donnerstag, den 5. Dezember, melden können. Viele Geldmittel, die bei der Privatbank, Kont. Wahlwerberein bürgerlicher Frauen einzuzahlen sind. Auskunft in allen Fragen wird täglich von 9½ - 1½ Uhr nachm. Israelsdorfer Allee 18 und von 10-11 Uhr vorm. Schloßstr. 10, I., erteilt.

Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches, unseres Vaterlandes, um die gesamte Existenz des deutschen Volkes! Der Feind steht auf deutschem Boden und blickt begehrlich auf deutsches Land. Die Nationalversammlung soll Deutschland eine Verfassung geben. Lübecker Frauen helfen sorgen, daß es eine Verfassung wird, die Deutschland stark macht und den Feind Achtung vor dem deutschen Wesen lehrt. Gibt Arbeitsschafft und Geld - das Vaterland ruft! Das Vaterland, dessen Schönheit wir lieben, dessen Stärke uns beschützt, dessen Wohlfaht unsre eigene Wohlfaht in sich birgt.

Wahlwerberein bürgerlicher Frauen.

S. A.: Der Arbeitsausschuss.

Martha Voss-Zietz, Vorsitzende, **Hermann Brandt**, Vorsitzende des Post- u. Telegraphenbeamtenvereins, **Clara Burmeister**, Vorsitzende des Hausfrauenvereins, **Helene Heinsohn**, **Marie Koltze**, Vorsitzende des Volksschul Lehrerinnenvereins, **Margareta Josl**, Vorsitzende des Israelitischen Frauenvereins, **Bennata Otten**, **Martha Rösing**, Vorsitzende des Vereins Jugendschutz.

Diesen Aufruf unterstützen:

Frau Agathe Adler, Fr. von Arnim, Fr. Gertrud Bauer, Frau C. Behrens, Frau Direktor F. Bode, Frau Bastor M. Bode, Frau Prof. Brösch, Frau E. Böning, Frau Sattlermtr. Bülfjard, Frau Dr. M. Gold, Frau G. Braitschmidt, Frau Dora Eschenburg, Frau Ilse Frank, Frau Schlossermeister Gerken, Frau Dr. Götz, Fr. Anna Hanke, Frau Dr. Hartmann, Fr. C. Heinsohn, Frau Wallermtr. Hoffmann, Cleverbrück, Fr. E. Hoffmann, Schwester Gertrud Hoffmann, Frau Konsul Horn, Frau N. P. Johannsen, Frau A. Kliwinski, Frau Senator Kulenkampf, Frau Hans Lange, Frau Senator E. Lignau, Frau Hauptvorsteher Lütje, Fr. Minna Lütje, Frau Jenny Oert, Frau M. Rahtgens, Frau F. Roepel, Fr. Emma Rösch, Fr. Theresia Rösing, Frau A. Scharpenberg, Frau G. Schaumann, Frau M. Seilschopp, Fr. A. von Steinmann, Fr. Bertha Stolterfoht, Frau Bastor Stücken, Frau A. M. Tesdorp, Frau A. L. W. Uhlich, Frau Senator Vermehren, Frau Ella Vorlämp, Schwester Else Welle, Frau E. Wittig, Scandenbaum, Frau Schürat Wychgram.

Der Wahlwerberein bürgerlicher Frauen veranstaltet folgende Vorträge im Saale der Loge zum Hülhorn, St. Annenstraße 2:

1. Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8 Uhr: Die verschiedenen Formen der Staatsverfassung. Vortragender Rechtsanwalt Jacobsohn, Lübeck.

2. Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr: Die deutsch-nationale Volkspartei (Konservative Partei). Vortragender: Herr O. Hencke, Lübeck. Die freideutsche Volkspartei (Centrum). Vortragender wird noch bekannt gegeben.

3. Sonnabend, den 21. Dezember, abends 8 Uhr: Die deutsche Volkspartei (national-liberale Partei). Vortragender: Generalsekretär Wenken, Kiel. Die deutsch-demokratische Partei (sozialdemokratische Volkspartei). Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Götz, Lübeck.

4. Sonnabend, den 28. Dezember, abends 8 Uhr: Die sozialdemokratische Partei, die Partei der unabhängigen Sozialdemokratie und die Spartakusgruppe. Vortragender: Schriftsteller Stelling, Lübeck.

Bekanntmachung

des Arbeiter- und Soldatenrates.

Wiederholte Differenzen wegen der Verordnung vom 19. November, das Entlassungsverbot von Arbeitern und Arbeitnehmerinnen und deren Lohnentziehung betreffend, veranlassen uns zu folgender Erklärung:

Unter die Bestimmungen fallen alle männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellte, ausgenommen in solchen Betrieben, die wegen Witterungsverhältnisse, also Frost usw. zeitweilig auszegen müssen, wie in Gärtnereien und bei Bauunternehmungen.

Außerdem fallen die unständig beschäftigten Arbeiter am Hafen nicht unter diese Verordnung.

Im übrigen bleibt unsere Verfügung vom 19. November voll aufrecht erhalten, sodass in allen anderen Betrieben endlich entlassene Arbeiter und Angestellte vom wöchentlichen Lohnabzugskonto entzweit werden müssen. Der Entzweitigung ist der durchschnittliche Tagesverdienst der letzten 4 Wochen zu Grunde zu legen.

Lübeck, den 4. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

S. A.: Gehrts, Käfer.

6839

Ablieferung gefangener oder erlegter Wasservögel.

(Siehe Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Beobachtungstellen und die Verfolgungsregelung vom 26. September 1915 und 1. November 1915 [R. S. Bl. S. 617-728]. Ausführungsverordnung des Senates vom 13. Oktober 1915).

Mit Zustimmung des Senates wird verordnet:

S. 1.

Wild Wasservögel der in § 2 bezeichneten Arten sind abzugeben, soweit sie gefangen oder erlegt sind:

1. auf der Trape unterhalb der Mündung der Schwartau, auf dem Dassiner See oder der Lübecker Bucht, soweit die Lübecker See sich auf diese erstreckt;
2. in der Lübecker Bucht von lübeckischen Staatsangehörigen, die im lübeckischen Staatsgebiet wohnen oder die Jagd oder den Fang von lübeckischen Ortschaften aus betreiben;
3. in der Ostsee, soweit die Vögel von demjenigen, der sie erlegt oder gefangen hat, in das lübeckische Staatsgebiet eingeführt werden.

Zum Jagen Berechtigte dürfen von den erlegten, Fischer von den gelegentlich des Rückfangs in den Rückengen gefangenen Wasservögeln sonst behalten, wie für ihren Haushalt benötigt und verwendet wird.

S. 2.

Diese Verordnung findet Anwendung auf:

- a) Jägern (Blässhähnern), Strandläufer, Alaudahähne, Kridanten, große Taucher, Haubentaucher und große und kleine Sägeränder;
- b) Schwäne (Nachtvögel), Schwandöbel, Streichmöve, Rotmöve (Ziefelente), graue und schwarze Pieper und sonstige nordische Vögel, soweit sie nicht unter a) und c) genannt sind;
- c) Bergente, Grautente, Fischente (Brandente), Stottern, Huhntente.

S. 3.

Die Ablieferung erfolgt:

1. entweder bei dem Polizeidezirkt Travemünde,
2. oder bei dem Polizeidezirkt Schleswig,
3. oder bei einer anderen vom Polizeiamt zu bestimmenden Stelle.

Die Ablieferungsstelle zahlt die verordneten Höchstpreise.

S. 4.

Das Polizeiamt kann die Verordnung auf weitere Vogelarten ausdehnen und Ausnagmen von den Bestimmungen der Verordnung gestatten.

S. 5.

Bei den Bestimmungen dieser Verordnung zuvor verhandelt, wird nach der Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Lübeck, den 31. Januar 1917.

Das Polizeiamt.

Briefe für wilde Wasservögel.

(Siehe Gesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 [R. S. Bl. S. 516]; Ausführungsverordnung des Senates vom 22. Dezember 1914).

Bei wilde Wasservögel der nachbezeichneten Arten gefangen oder erlegt hat, ist beim Zetteln derselben an folgende Höchstpreise gebunden:

- a) bei Jägern (Blässhähnern), Strandläufer, Alaudahähne, großen und kleinen Sägerändern
- b) bei Schwänen (Nachtvögeln), Schwandöbel, Streichmöve, Rotmöve (Ziefelente), grauen und schwarzen Pieper und sonstigen nordischen Vögeln, soweit sie nicht unter a) und c) genannt sind
- c) bei Bergente, Grautente, Fischente (Brandente), Stottern, Huhntente

Lübeck, den 2. Dezember 1918.

Das Polizeiamt.

Pferde-Bersteigerung

der überzähligen arbeitsverwendungsfähigen Pferde des Inf.-Regts. „Lübeck“ (3. Hanf.) Nr. 162 am Freitag den 6. 12. 18, 9 Uhr vorm. auf dem Kasernenhofe Marienstr.

Es kommen zum Verkauf:

- 3 Reitpferde
- 80 schw. Jagdpferde
- 100 L. Jagdpferde
- davonunter Tragtiere (Viejes)
- 6 Esel

Jeder Interessent muss sich bei Beginn der Versteigerung durch einen Personalausweis seiner Rücksichtsbehörde (Landwirtschafts-, Handelskammer, Gemeindevorsteher) ausweisen, in dem vermerkt ist, wieviel Pferd er erwerben darf. Anwesenheit von Versteigerern und von Persönlichkeiten ohne Ausweis ist verboten. Bei Beginn der Versteigerung haben die Interessenten die Versteigerungsordnung (nach dem Demobilisationsplan und den Zusagenverfügungen des Arbeiter- und Soldatenrates) schriftlich anzusehen.

Sofortige Zahlung, gegebenenfalls Zahlung durch Kriegsanleihe.

Kommando des Infanterie-Regiments „Lübeck“ (3. Hanf.) Nr. 162.

F. d. S. R.
Kieckhoff
Zentralleiter

F. A. d. R. R.
Stadenhagen
Major

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Donnerstag, dem 5. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenbezugskarten Nr. 9001 bis 10500 und am Freitag, dem 6. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenbezugskarten Nr. 10501 bis 12000.

Ein freiändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 4. Dezember 1918.

Militärmäntel und -Hosen Zivilanzüge

färbt, reinigt und bügelt

Reinigungsanstalt und Färberei Joh. Lehfeldt, Hauptgeschäft: untere Johannisstraße 70.

Uniformen färben ist erlaubt.

6839

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der

Former

sämtlicher Eisen- und

Metallgießereien

am Donnerstag, d. 5. Dezember

abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52

Da wichtige Angelegenheiten zu regeln sind, ist es Pflicht eines jeden, in der Versammlung zu erscheinen.

6834) Die Ortsverwaltung.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Ortsstelle Lübeck.

Das neue Reichswahlgesetz.

Nachdem wir am Dienstag einen kurzen Auszug aus den allgemeinen Vorschriften für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 20. Februar 1919 gegeben und die Wahlkreiseinteilung sowie die Abgeordnetenzahl bekannt gemacht, lassen wir jetzt die Vorschriften in ihren wesentlichen Teilen folgen.

§ 1. Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden im allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. — Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3. Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet.

§ 4. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist: 1. wer entmündigt ist, oder unter vorläufiger Vormundschaft steht; 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte er mangelt.

§ 5. Wahlbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

§ 6. Die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Abgeordneten, die in den einzelnen Wahlkreisen zu wählen sind, ergibt sich aus der Einlage. — Sie beruht auf dem Grundzusatz, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbereichsgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Überschuss von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 gleichgerechnet wird.

§ 7. Jeder Wahlkreis wird in Stimmbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Größere Gemeinden können in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleinere mit benachbarten zu einem Stimmbezirk vereinigt werden.

§ 8. Für jeden Wahlkreis wird ein Wahlkommissar, für jeden Stimmbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter für die ihnen von der nach der Wahlordnung (§ 22) aufzuhende Behörde ernannt. Der Wahlvorsteher ernennt aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirks drei bis sechs Bevölker und einen Schriftführer. Wahlvorsteher, Bevölker und Schriftführer bilden einen Wahlvorstand.

§ 9. Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt, in die die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden. Die Wählerlisten sind spätestens vom bis zum Ablauf der Einprägschrift zu jedermanns Einsicht auszulegen. Ort und Zeit werden vorher unter Hinweis auf die Einprägschrift öffentlich bekanntgegeben. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum 1919 bei der Gemeindeverwaltungsbehörde einzureichen und bis zum 1919 zu erledigen. Hierauf werden die Listen geschlossen.

Über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine Wahlverordnung.

§ 10. Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist. Jeder darf nur in einem Orte wählen.

§ 11. Beim Wahlkommissar sind spätestens am 1919 Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens hundert im Wahlkreise zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

§ 12. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmt spätestens am 1919 beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 13. Für die Prüfung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung wird für jeden Wahlkreis ein Wahlauschuss gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzenden und vier Bevölkern besteht. Der Wahlauschuss faßt keine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

Die Räuber.

Roman von Hermann Wagner.

66. Fortsetzung.

„Nehm du sollst dir keine Mühe geben. Du sollst Geduld haben und warten. Stell sollst du sein und in dich hineinhören, bis du das Glück wahrnimmst, das in dir ist . . . Denn in uns allen ist das Glück, in uns allen.“

„Und du?“ fragte sie. „Wo ist dein Glück?“

Bei dir. Und da du in mir bist, so ist auch mein Glück in mir.“

Er stand auf, nahm ihre Hand und küßte sie langsam. „Lebe wohl!“

„Lebe wohl,“ nickte sie ihm fröhlig zu.

Er ging und als er an der Tür war, rief sie ihn noch einmal an. „Schreibst!“

Er wandte sich um.

Da läßt sie ihm entgegen und läßt ihn in ihre Arme.

„Du,“ rief sie leidenschaftlich, „nun verläßt du mich!“

Er löste sich zaghhaft aus ihren Armen. „In Wirklichkeit bleibe ich bei dir, so, wie ich immer bei dir war, — immer, für alle Zeiten.“

Er ging und sie lauschte seinen Schritten.

Im Nebenzimmer schrie Lu nach ihr.

Sie fuhr sich mit dem Arm über die Augen und rief: „Ja, Lu, — ich komme!“

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Behrens hatte in seinem eigenen Namen und im Namen Reissners einem bekannten Rechtsanwalt die Vollmachten gegeben, die zur Klärung und Sanierung der finanziellen Verhältnisse Reissners nötig waren. Auch eine große Summe Geldes hatte er zu diesem Zweck flüssig gemacht. Reissner, sagte er, habe mit seiner Familie für längere Zeit eine Erholungsreise angetreten. Und nun verabschiedete er sich.

Die Sitzes des Sommers machte es ihm zur Qual, noch länger auf dem Berliner Pflaster zu verweilen. Auch Hamburg lockte ihn nicht. Mitten auf der Strecke, in der Gegend der Lüneburger Heide, gebaute er auszusteigen. Es verlangte ihn stark nach einem verborgenen Fleiß-Erde.

Wieder bemühte er einen Personenzug. Er mochte von Schnellzügen nichts wissen. Die Zeit, die man mit ihnen sparte, war kein Gewinn, man bezahlte sie mit Unbequemlichkeiten und mit der Gereiztheit der Leute, denen man den Platz wegnahm. Die Schnellzüge verwandelten die Menschen in den Teil jener

S. 14. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlsaumes mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Verhältniszählung zu versehen. Der Name auf den einzelnen Stimmzetteln darf nur einem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen entnommen sein.

S. 15. Die Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

S. 16. Gewählt wird mit verdecktem Stimmzettel. Aber sie können sich weder vertreten lassen, noch selbst an der Wahl teilnehmen.

S. 17. Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorbehaltlich der Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmenungleichheit gibt der Wahlvorsteher den Ausschlag. Die ungültigen Stimmzettel sind dem beobachteten Protokoll beizufügen. Die gültigen vermaht der Wahlvorsteher solange versiegelt, bis die Wahl für gültig erklärt werden ist.

S. 18. Beihufs Ermittlung des Wahlergebnisses ist vom Wahlausschuß (§ 13 Absatz 1) festzustellen, wieviel gültige Stimmen abgegeben und wieviel davon auf jeden Wahlvorschlag und auf verbundene Wahlvorschläge gemeinschaftlich entfallen sind.

S. 19. Die allgemeinen Sätze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen nach dem § 18 zustehenden Stimmen verteilt. Die Berechnungsweise wird in der Wahlordnung (§ 22) geregelt.

S. 20. Für die Verteilung der einem Wahlvorschlag zugeteilten Abgeordnetenstimme und die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen aus den Wahlvorschlägen maßgebend.

S. 21. Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne die Vornahme einer Erichwahl der Bewerber, der denselben Wahlvorschlag, oder, wenn dieser erüppft ist, einem mit ihm verbündeten Wahlvorschlag angehört und nach dem Grundzusatz des § 20 hinter den Abgeordneten an erster Stelle verfügt erscheint. Ist ein solcher Bewerber nicht vorhanden, so bleibt der Abgeordnetenplatz unbesetzt.

S. 22. Das Wahlverfahren wird auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung näher geregelt, die der Staatssekretär des Innern erlässt.

S. 23. Die Kosten für die Borddrücke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses im den Wahlkreisen werden von den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden getragen.

S. 24. Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 16. Februar 1919 statt.

Von besonderer Wichtigkeit ist der § 25 der Verordnung, der folgenden Wortlaut hat:

Beschließt die Deutsche Nationalversammlung, daß Deutschland seine Freiheit in seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei. Voraussetzung für den Beitritt ist, daß die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen unter Beteiligung auch der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gezeigt werden. Die Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß durchschnittlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt. Der Wahltag braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.

Vom Delegiertenfang der Frontsoldaten

in Bad. Eins liegt über den zweiten Verhandlungstag folgender Bericht vor:

Leutnant Schneider (Armeabteilung B) erklärte: Es ist mir von Kameraden der ersten Armee der Auftrag geworden, auszusprechen, daß die gestern angenommene Entschließung interpretiert werden soll. Die Kameraden wollen sich hinter die Regierung stellen und durch einheitliche Auffassung die Einheit des Reiches schützen. Sie sind sich auch bewußt, daß unter dem neuen Verhältnissen eine teilweise Sozialisierung notwendig sein wird. Wir wissen, daß es dem deutschen Volk gelingen wird, wieder zu Wohlstand und Ansehen zu kommen, wenn wir die Reichseinheit wahren und wenn wir den Volkswillen auf der Nationalversammlung ungefähr zum Ausdruck bringen. Im übrigen erfreuen wir nach wie vor eine Beteiligung bei dem Berliner Volzugsausschuß, die der Bedeutung des Frontheeres entspricht.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung sein Amt weiter behält. Maßregelungen von Offizieren, sowie Geheimbefehle aus der letzten Zeit, in denen die Entfernung gewisser unzuverlässiger Offiziere vom Dienst verlangt werden, wurden dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung zu Erledigung überwiesen.

Ein Antrag auf Schlüß der Debatte wurde angenommen.

Personal bemerkte der Vorsitzende des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung: Kameraden! Bedenken Sie, wie wir uns zusammenfinden. Als der Kaiser sich in Deutschland nicht mehr fühlen, begab er sich zu der Obersten Heeresleitung in Spandau. Zu seinem persönlichen Schutz wurden junge Truppen, Minenwerfer, Flammenwerfer und sonstige derartige Formationen zusammengezogen. Die älteren Fahrgänge aber, die das Blutvergießen verhindern wollten, mußten die jungen Kameraden für Ihre Überzeugung und für die Bildung eines Soldatenrates zu gewinnen. Nun legen wir gern unser Mandat in Ihre Hände zurück.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung sein Amt weiter behält. Maßregelungen von Offizieren, sowie Geheimbefehle aus der letzten Zeit, in denen die Entfernung gewisser unzuverlässiger Offiziere vom Dienst verlangt werden, wurden dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung zu Erledigung überwiesen.

Ein Vertreter der 6. Armee führt aus: Ich bin durch die Ausführungen des Vorredners überzeugt. Die Resolution wurde gestern abend mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Warum man heute nochmals darauf zurückkommt, ist mir unverständlich. In 14 Tagen sind wir nota bene keinen Soldaten mehr. In den 8 Tagen, in denen wir auf dem Marsche waren, fehlte uns jede Aufklärung. Jetzt, nachdem wir diese durch einen Vertreter der Regierung und durch einen Vertreter des Berliner Volzugsausschusses erhalten haben, haben wir kein Interesse daran, das bestehend umzumachen. Wir wollen den Berliner Volzugsausschuss unterstützen, aber nicht mehr.

Ein Sprecher der 9. Reserve-Division erklärte: Da am 16. Dezember der Kongress der A- und S-Räte zusammentritt, halte ich die Wahl eines Zentralrates der Soldatenräte für überflüssig. Wir gehören jetzt der Heimat und haben kein Recht mehr, die Sonderinteressen für uns in Anspruch zu nehmen, da gegen halten wir eine Verstärkung des Berliner Volzugsausschusses mit 5 Mann für notwendig.

Ein Sprecher der 14. Infanterie-Division sagte: Wenn man die Bemerkung hört, die hier gegen Offiziere sowohl sie sich an der Debatte beteiligen, gemacht werden, muß man sich die Frage vorlegen, ob man damit der Allgemeinheit dienst. Die Magdeburg, die sich die Berliner annehmen, führt in ihren Folgen dazu, die Reichseinheit aufs stärkste zu gefährden. Die Regierung ließ sich durch die Spartakus-Gruppe und den Volzugsausschuß angängen. Ich halte die Wahl eines Zentralrates der Obersten Heeresleitung für notwendig.

Ein Sprecher der 10. Armee bemerkte: Ein besonderes Vorlammis gibt mir Veranlassung für die Wahl eines Zentralrates bei der Obersten Heeresleitung zu sein. Es handelt sich um ein Flugblatt, das von der Obersten Heeresleitung herausgegeben wurde. Es ist unglaublich, daß etwas Derartiges unter den Augen des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung geschehen könnte. Der reaktionäre und antisemitische Inhalt dieses Flugblattes spricht jeder Beschreibung.

Ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung als Demonstration gegen den Verfasser wird einstimmig angenommen.

Reichstagsabgeordneter Giebel: Ich konstatiere, daß das Flugblatt nicht von der Obersten Heeresleitung stammt, es stimmt wie ich hier schon feststellen kann, von der Armeeabteilung B. Wenn ein drastisches Flugblatt in der Armeestellung finden sollte, dann wird es bei der Truppe seine Wirkung nicht verfehlen.

S. 25. Die Kosten für die Borddrücke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses im den Wahlkreisen werden von den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden getragen.

Ein Antrag auf Schlüß der Debatte wurde angenommen.

Personal bemerkte der Vorsitzende des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung: Kameraden! Bedenken Sie, wie wir uns zusammenfinden. Als der Kaiser sich in Deutschland nicht mehr fühlen, begab er sich zu der Obersten Heeresleitung in Spandau. Zu seinem persönlichen Schutz wurden junge Truppen, Minenwerfer, Flammenwerfer und sonstige derartige Formationen zusammengezogen. Die älteren Fahrgänge aber, die das Blutvergießen verhindern wollten, mußten die jungen Kameraden für Ihre Überzeugung und für die Bildung eines Soldatenrates zu gewinnen. Nun legen wir gern unser Mandat in Ihre Hände zurück.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung sein Amt weiter behält. Maßregelungen von Offizieren, sowie Geheimbefehle aus der letzten Zeit, in denen die Entfernung gewisser unzuverlässiger Offiziere vom Dienst verlangt werden, wurden dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung zu Erledigung überwiesen.

Ein junges Mädchen bediente, eine Jungfrau des Nordens: blond, blauäugig und voll junger Kraft. Sie gab sich mit einem freundlichen Stolz. Es war kaum denkbar, daß es jemand angenommen hätte, ihr zweideutig zu kommen.

Behrens schlief bei offenem Fenster. Der Duft des Waldes und der Heide kam bis an sein Bett. Er träumte von leichten und hellen Dingen. Ja, wie er in seiner frühesten Jugend geträumt hatte: Jungenfrei, unbekümmert, nur dem Augenblick hingegabe. Als er erwachte, lag sein Kopf schon in dem warmen Bett der Sonne.

Er stand auf, frühstückte und wanderte weiter. Es war noch früher Morgen. Und doch hatten die Landleute schon über Stunden Arbeit hinter sich, saßen an den Feldwänden und nahmen ihr zweites Frühstück ein. Die Sonne heizte mit zunehmender Kraft die Erde. Noch glitzerte an den Gräsern der Tau. Die Blumen öffneten ihre Fächer und tranken gierig das Licht. Der Boden strömte heimlichen Dampf aus. Es roch allenholziger nach Reife.

Von dem kleinen Ort fuhr man nur einzelne Häuser. Die Mehrzahl war zerstreut, hinter Gebüsch versteckt: blonde Haarschädel blinkten in der Sonne, lässig laufen und jung aus Wellen bunte Blumen empor. Friedliche Gärten trauten, Süßes pickten blinzeln im Gras, Gänse schnatterten schlaflos. Spazieren balgten sich wild herum.

Da und dort sah man ein steinernes Landhaus mit arabischen Fensterläden und lüftigen Balkonen. In einer Hängematte lag eine junge Frau und los in einem Buche. Zu ihren Füßen spielten zwei Kinder.

Behrens ging in den Saalhof und fragte, wo er hier eine Wohnung bekommen könne, am liebsten allein in einem kleinen Haus, das ohne jeden Komfort sein dürfe. Man verweisete ihn zur Frau Sanitätsrat Körting, der Witwe eines vor Jahren verstorbenen Landarztes, die einen Teil ihres Hauses zu vermieten pflegte.

Das Haus lag ein Stück abseits vom Dorf, am Rand des Waldes. Behrens mußte über einen kleinen Bach, den Behrbach, umqueren. Ein schmaler, wenig ausgetretener Fußweg führte über eine Heidewiese hin. Hinter zwei wulstigen Büschen stand das Haus braun, mit rotem Ziegelstein, beiderseitig vielen Blumen, einsam und nicht ohne Stolz und Schönheit.

„Fortschaltung folgt.“

verboten, Kriegsteilnehmer sind wieder einzustellen, Entlassungen möglichst zu vermeiden, und der partitische Arbeitsnachweis ist überall Geltung. — Auf einer Gauleiterkonferenz des Buchhändlerverbandes führte sein Vorsitzender, Genosse A. Roth, zu jedem Aktionen aus, die Vergeschäftigung der Produktionsmittel, letztes Ziel auch der Gewerkschaften, sei nicht in ein paar Wochen oder Monaten durchzuführen, besonders auch nicht im graphischen Gewerbe mit seinen starken Absatz auf dem Weltmarkt. Man dürfe nicht wie in Russland durch gewaltsame und unethische Schreckensherrschaft das wirtschaftliche Leben zerstören, sondern müsse durch eine gesunde Wirtschaft und Handel mit den kapitalistischen Staaten die revolutionären Erungen schaffen aufrechterhalten.

Zugunsten des Krankenpflege-, Massag- und Badepersonals räumt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einen Aufzug. Soweit dieses Personal im Heeresamt tätig war, gilt es wieder Arbeit und Brot zu schaffen. Vor allem müsse erwartet werden, daß die Heimlehrer dieser Berufe in den Provinzial-, Kreis- und städtischen Heil-, Pflege- und Badeanstalten wie Brüderanstalten restlos eingestellt werden. Adresse: Zentralstellenbüro für das Krankenpflege-, Massag- und Badepersonal, Berlin W. 57, Winterfeldstraße 24, Fernsprecher Bülow 2746.

Für unsere Frauen.

Genossinnen!

Zwanzig Millionen Stimmen und mehr haben die wahlberechtigten Frauen Deutschlands. Die Männer haben nur neunzehn Millionen Stimmen. In uns Frauen liegt es also, welchen Ausgang die Wahl zur Nationalversammlung nimmt! Dürfen wir da beginnen und gleichgültig bleiben, wo alle übrigen Parteien verbündet und aufklärend unter den Frauen wirken? Ganz gewiß nicht! Wir müssen eingedenk sein alles dessen, was die sozialdemokratische Partei in langen, schweren Jahren der Not für uns erkämpft, für uns geleistet hat. Wir müssen auch erwarten, was die sozialdemokratische Partei in Zukunft, nachdem der nechtende Kaiserstaat überwunden ist, für Arbeiter und Arbeitnehmerinnen wirken kann und wirken soll. Dazu braucht die Partei die Stimmenmehrheit auf der Nationalversammlung. Darum steht uns mit aller Inbrunst aufklärend und belehrend wirken, was nun sich eine Gelegenheit bietet. — Ja, die Gelegenheiten müssen wir uns schaffen. Wir brauchen nicht mit schönfärbenen Worten zu überreden. Nur die Tatsachen sind anzuführen. Sie eden allein eine überzeugende Sprache.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die ellen Frauen das Wahlrecht bescherte, hat in diesem folgeschwersten

Am 29. November starb im Genesungsheim zu Reinfeld nach längerem Leiden der Sattler

Herr Richard Zeitz.

Wir verloren einen fleissigen Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Lübeck, den 2. Dezember 1918.

Drägerwerk

Heinr. und Bernh. Dräger.

6382

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 30. November starb unter neuem Mitglied

Richard Zeitz.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung ist bereit erfolgt.

6385 Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem, schweren Leiden entstieß heute sanft unser lieber Sohn und Bruder

Hans

im 12. Lebensjahr.

Sein bestreut und schmerzlich vermisse von den Eltern, seiner Schwester und allen Verwandten.

Christoph Euler
a. Frau Johanna
geb. Niemann,
Elise Euler.

Lübeck, 2. Dez. 1918.
Schönkampstr. 5a, 1.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 7. Dez., nach 1 Uhr 45 Uhr in der Kapelle Bornewo holt.

Am 2. Dez., morgens 7 Uhr entstieß jetzt nach langen schweren Leiden meine liebe Frau

Elvira Lange
geb. Toftesdotter.
Dies geht an in tiefer Trauer ihr Wiene Anton Lange.

Lübeck, 4. Dez. 1918.
Bieber 21.

Die Beerdigung findet Sonnabend, dem 7. Dez., um 1 Uhr 45 Uhr in der Kapelle Bornewo statt.

Heute mittag 1½ Uhr entstieß sonst nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe unvergängliche Tochter, unsere teure Schwester, Schwägerin und Tante, meine innig geliebte Braut

Luise Beese
im blühenden Alter von 26 Jahren.

Die siegebengten Eltern Wilh. Beese und Frau Karl Ramer, ist in engl. Gef. u. Frau. Da geb. Beese Johs. Schulz u. Frau Anna geb. Beese

Wilh. Beese
Otto Tackenburg.

Lübeck, den 2. Dez. 1918.
Brüderstraße 5a, II.

Die Beerdigung findet am Montag mittag 1½ Uhr auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Für die Gratulationen und Gedanken zu unserer Silbernen Hochzeit danken herzlich:

Herrnburg, (6383)
den 1. Dezember 1918.

H. Schwarz u. Frau.

2 saubere Reinmachefrauen.

(6342)

Zu melden 12-1 mittags.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Strohutnäherin

zu 100. fr. 100. gebraucht.

(6341)

Eisbahn, Breitestraße 50-52.

Schneiders und Spieljäger zu verkaufen.

(6338)

Tornistrasse 23 II.

Zu verkaufen 100. fr. 100.

Soldaten. (6383) Hansestr. 25 II.

Guter Krämerladen z. ver.

(6347)

Großer Gewerbeschitz. 45 L.

Siemer wetten Rundschau zu

Kenntnis, daß ich gefind aus die

sem Krieg heimgesucht bin.

Empfehle mich wieder für sämtliche

und biete mein Unternehmen

gütig weiterfügen zu wollen.

Großhandlungsbuch

H. Kräger, Gedächtnisgegen

St. Str. 22 (6381)

Der Ernst der Zeit

macht es jedem zur Pflicht, eifrig zu werben

für den

Überster Volksboten

und für die

Sozialdemokratische Partei

Werbet Abonnenten und Mitglieder!

Wahlkampf der Geistliche, der uns bevorzieht, ein volles Anrecht auf unsere Arbeitskraft und auf unsere Hilfe. Darum tut Eure Pflicht, Genossinnen, werbt und überzeugt und berat alle mit an der großen sozialistischen Republik Deutschlands!

Hiltgart Bielhaber.

Aus Nah und Fern.

Millionen-Schiebung. Eine Rognal-Schiebung in Höhe von über drei Millionen Mark wurde in Groß-Berlin aufgedeckt. Durch zwei höhere Beamte des Haupt-Sanitäts-Depots Berlin sollte eine große Rognalschiebung, die ohne Wissen der Depolitierung für Kranke und Schwerarbeiter in Auftrag gegeben war, verschoben werden. Dem außerordentlich schnellen Zugreifen einiger Beamten gelang es, einen großen Teil des Rognals zu beschlagnahmen und einen Betrag von mehreren hunderttausend Mark in bar überzustellen.

Die habsartigen Erkrankungen an Grippe haben in den letzten Tagen in Berlin wieder einen größeren Umfang angenommen. Die Zunahme der Seuche scheint wesentlich durch die ungünstige, die Erfaltung befördernde Witterung in Verbindung mit der mangelhaften Ernährung und Bekleidung vieler beeinflußt zu sein.

Raubmord. In Leipzig wurde die als Kartenspielerin bekannte, 43 Jahre alte Selma Lobe ermordet und vergaßt. Die Frau war, bevor sie starb, noch imstande, über ihre Mörderin nähere Mitteilungen zu machen. Darach hatte eine Frauenversion versucht, sie zu erneut durch eine vergiftete Suppe, dann durch Buddina, dem Bitterkleezauber zugesetzt war, zu töten und ihrer schließlich durch Beilsschläge auf den Kopf das Schädeldeck zerschmettert. Eine der Tat verdächtige Arbeiterin Romanus wurde festgenommen. Sie bestreitet aber jede Schuld.

An der preußisch-polnischen Grenze klagen die Grenzbeamten Kraft über unregelmäßigen Grenzverkehr. Die Zollbeamten fühlen sich vollständig machtlos und rechtslos. Ohne jede Rückicht auf die Sollgrenze werden Waren und Roggen, aber auch Tabak, Staaten und Salz ausgetragen.

Die öffentliche Un Sicherheit in Köln ist noch immer eine Gefahr. Blunderungen in Bekleidungsämtern und Nahrungsmitteldepots haben erneut große Verluste für die Allgemeinheit zur Folge gehabt. Die verbrecherischen Elemente vergreifen sich an Waren, die für die Bevölkerung Kölns unbedingt notwendig sind. Der Wohlfahrtsausschuss hat beschlossen, umfassende Vorsichtsmaßregeln zu treffen und gegebenenfalls ratschlagslos gegen die Versuche von Blunderungen mit den Waffen einzuschreiten. In der Hofgegend werden sämtliche Wirtschaften geschlossen.

Im Stich gelassen. Bei Heilbronn in Württemberg haben sich dieser Tage 2½ österreichische von der Westfront kommende Infanterie-Divisionen aufgelöst und ihr gesamtes Material einschließlich der Geschütze, darunter zweier Motorbatterien von 35-Zentimeter-Mörsern, in chaotischem Zustand bei den Bahnhofstationen hinterlassen. Auch zahlreich Wagen und 5000 Pferde blieben zurück, deren Erhaltung infolge Fuhrmannsgegenüber ist.

Eine Million Rubel geradet. Aus einer Mitteilung des Soldatenrates in Riga geht hervor, daß sechs als deutsche Soldaten verkleidete bewaffnete Männer in das deutsche Generalkommando in Dorpat eingedrungen sind und eine Million Rubel in Hundertrubelscheinen der Gardeinfanterie Ost und russischen Tauendrubelscheinen geraubt haben. Den Däfern gelang es unerkannt mit ihrer Beute zu entkommen.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



In großer Auswahl
vorläufig im (6384)
Odeon-Musik-Haus
Breite Straße 53.



Bernhöft & Wilde
Kontor Fischergrube 75.

Fernsprecher jetzt

139 und 140.



Große Inventar - Versteigerung in Travemünde (Prival)

Morgen, Donnerstag, d. 5. Dez., vorm. 10 Uhr, werde im Fiegerheim auf dem Birnwall in Travemünde nachfolgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert, als:

6. 22 Schlafzimmer, im gelb lackiert.

Es werden Zimmer mit 2 Betten, sowie auch solche mit einem Bett verkauft. Rennet: Sterlige, lädige, gelbe Schränke, vorzüglich passend für Kontor- und Attestzähne. In den Zimmern sind enthalten jedesmal:

Starke eiserne zerlegbare Bettstellen mit Auslegematten, 1 zwei- oder 1 dreiteiliger Schrank, 1 Waschkommode mit oder ohne Spiegel, 1 Tisch mit oder ohne Linoleumplatte, sowie Nachttische und ca. 50 Stück große Miltärjäschel. Auch werden viele dieser Sachen einzeln verkauft.

Starke eiserne zerlegbare Bettstellen mit Auslegematten, 1 zwei- oder 1 dreiteiliger Schrank, 1 Waschkommode mit oder ohne Spiegel, 1 Tisch mit oder ohne Linoleumplatte, sowie Nachttische und ca. 50 Stück große Miltärjäschel. Auch werden viele dieser Sachen einzeln verkauft.

R. Bruhn, Kontor Lübeck, Hansestr. 36. Fernbus 977. Versteigerung 2 Std. vor Beginn.

N.B. Räucher auf dem Kugelpies strengstens untersagt.

Bei wird nur Travemünde nicht mehr benötigt.

Eröffnung am Donnerstag, dem 5. Dezember 1918, Johannisstr. 3 ein

Frisier-Geschäft.

Rasieren 25 Haarschneiden 60

Wäsche wird geliefert.

Sicher jeden nach bedürfnenden Kunden saubere und gute Bedienung zu.

A. Sebastian.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Versammlung

aller in Buchbindereien, Buchdruckereien, Stein druckereien, Lichtdruckanstalten u. Kartonnagenfabriken beschäftigten Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen

am Mittwoch, dem 4. Dezember

abends 8 Uhr präzise

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagess-Ordnung:

Die gegenwärtige Situation, die Lage in unserem Gewerbe, der Achtstundentag und die fernere Gestaltung unserer Entlohnung.

Referent: Herr Fr. Küster-Hamburg.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist unbedingt notwendig, daß zu dieser Versammlung alle in obigen Betrieben beschäftigten Buchbindergesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen erscheinen, um über die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe zu beraten. Deshalb fehle also keiner in der Versammlung.

6383

Der Vorstand.

Rednings-Formular werden hergestellt in der
Bachdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Drucksachen aller Art fertigt an

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.